

PRESSE-INFORMATION

09.03.2021

Pressestelle im Rathaus

Fon: 06196/804-130

Fax: 06196/804-300

E-Mail: margit.reiser-schober@schwalbach.de

Stadt hat Geld bei der Greensill Bank AG angelegt

Bürgermeister Alexander Immisch teilt mit, dass die Stadt Schwalbach am Taunus unter den rund 50 deutschen Kommunen ist, die Geld bei der Bremer Greensill Bank AG angelegt haben. Die Stadt hat dort Festgeld in Höhe von 19 Millionen Euro platziert. Am Montagabend habe er den Magistrat darüber informiert, am Dienstagmorgen die Fraktionsvorsitzenden und den Stadtverordnetenvorsteher.

Gegenwärtig werde daran gearbeitet, Rechtsberatung einzuholen und die Schwalbacher Interessen mit denen anderer betroffener Städte und Gemeinden zu bündeln. Sofern die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) ein Insolvenzverfahren eröffnet, wird die Stadt ihre Forderungen beim Insolvenzverwalter beantragen.

Mit der Entscheidung für die Geldanlage bei der Greensill Bank sollten Negativzinsen vermieden werden. Diese können die Stadt bis zu 1.500 Euro täglich kosten. Im Laufe des Jahres kann sich dies bis zu einer halben Million Euro summieren. Die private Greensill Bank genüge allen äußeren Anforderungen für die Geldanlagen der öffentlichen Hand. Sie ist Mitglied im Bundesverband deutscher Banken e. V. und im Prüfungsverband deutscher Banken e.V. Immisch: „Aufgrund des

Ratings dieser Bank mussten wir bei Festgeld von einer sehr sicheren Anlageform ausgehen.“

Um Geld anzulegen, nutzt die Stadtkasse in der Finanzverwaltung Sachkenntnis und Dienste von „Geldmaklern“ Sie sollten sich in der Finanzbranche auskennen und der Stadtverwaltung die passenden Anlagemöglichkeiten empfehlen. Um das Risiko zu streuen, werden dabei immer wieder alternative Banken gewählt. Die Angebote hinsichtlich der Greensill Bank kamen von bekannten Geldanlagehäusern. So legte die Stadt in mehreren Tranchen bei diesem Institut Festgeld mit Laufzeiten von zwölf bis 24 Monaten an. Zwei Auszahlungen hatte die Stadt bereits erhalten.

Am 3. März 2021 hat die BaFin gegenüber der Greensill Bank AG ein Veräußerungs- und Zahlungsverbot erlassen, ein sogenanntes „Moratorium“. Die Bank wurde für den Kundenverkehr geschlossen und Strafanzeige gegen sie gestellt. Die BaFin prüft nun, ob mögliche Anstrengungen zur Rettung erfolgreich sein können. Die Guthaben institutioneller Anleger, also beispielsweise der Kommunen, sind dabei nicht geschützt. Die Privatbank wurde 1927 als Norddeutsche Finanzierungs-AG gegründet und später in Nord Finanz Bank AG umbenannt. 2014 wurde sie von der Greensill Bank übernommen

Bürgermeister